



Bundesverband
der
Freien Berufe e.V.

Rund 263.000 Stellen

bei den Freien Berufen unbesetzt.



Der Fachkräftemangel ist bis tief in die Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken vorgedrungen.

Repräsentative Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) im Auftrag des BFB vom 4. Oktober bis 6. November 2023 unter knapp 1.600 Freiberuflerinnen und Freiberuflern, bei der auch der Fachkräftemangel in den Blick genommen wurde.

Den Freien Berufen fehlen in ihren Teams rund 160.000 Fachkräfte, 53.000 angestellte Berufsträgerinnen und Berufsträger sowie 50.200 Auszubildende. Eine enorme Fachkräftelücke bemessen an den insgesamt rund 4,6 Millionen Beschäftigten in freiberuflichen Teams. Der letztverfügbare Wert aus dem Herbst 2022 lag bei 340.000.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Unbesetzte Stellen

Knapp jede zweite Freiberuflerin, jeder zweite Freiberufler hat unbesetzte Stellen (46,8 Prozent), 53,2 Prozent nicht. Besonders hoch ist der Bedarf der freien Heilberufe, mit Abstand folgen die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden und die technisch-naturwissenschaftlichen Freiberuflerinnen und Freiberufler, weniger betroffen sind die freien Kulturberufe. Der Bedarf steigt überdies mit zunehmender Unternehmensgröße an.

Aktueller Bedarf nach Beschäftigten- gruppen

Gefragt nach den einzelnen Beschäftigtengruppen geben 68 Prozent der Befragten an, dass ihnen speziell freiberufliche angestellte Fachkräfte fehlen, 47,3 Prozent sehen dies mit Blick auf die bei ihnen anzustellenden Freiberuflerinnen und Freiberufler, 35,4 Prozent bei Auszubildenden und 32,4 Prozent bei sonstigen angestellten Fachkräften.



Personalbedarf 2024

Betrachtet nach Beschäftigtengruppen ergeben sich steigende Bedarfe gerade im Kernbereich der freiberuflichen Leistung. Für 2024 erwarten die Befragten keine Entspannung, denn der Bedarf steigt weiter. 36,6 Prozent wollen noch mehr speziell freiberufliche angestellte Fachkräfte und 29,7 Prozent weitere Freiberuflerinnen und Freiberufler einstellen. Mit Blick auf sonstige Fachkräfte geben dies 20,4 Prozent und in Bezug auf Auszubildende 19,5 Prozent an.

Dauer der Suche nach Personal

Rückblick:

Im Mittel gaben die Befragten an, dass sie zehn Monate gesucht hätten, bevor eine vakante Stelle besetzt werden konnte. Bis drei Monate gaben 28,9 Prozent an, über drei bis sechs Monate 26,5 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 28,9 Prozent, über ein bis zwei Jahre 10,6 Prozent und mehr als zwei Jahre 5,1 Prozent.

Ausblick:

Diejenigen, die immer noch nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern suchen, gehen davon aus, dass sie durchschnittlich 15 Monate suchen werden. Bis drei Monate gaben 17 Prozent an, über drei bis sechs Monate 22 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 30,3 Prozent, über ein bis zwei Jahre 19,4 Prozent und mehr als zwei Jahre 11,3 Prozent.

Folgen des Personalmangels

- Höhere Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: 77,6 Prozent (2022: 76,1 Prozent)
- Aufträge/Mandate/Patienten mussten abgelehnt werden: 67,9 Prozent (2022: 62,9 Prozent)
- Dienstleistung kann nur noch eingeschränkt erbracht werden: 45,6 Prozent (2022: 43 Prozent)
- Projekte etc. mussten verschoben werden: 43,7 Prozent (2022: 42,8 Prozent)

- Unternehmenswachstum gefährdet: 42,5 Prozent (2022: 48,8 Prozent)
- Kunden etc. sind abgewandert: 30,9 Prozent (2022: 28,1 Prozent)
- Öffnungszeiten wurden eingeschränkt: 30 Prozent (2022: 23,1 Prozent)
- Vorzeitiger Eintritt in den Ruhestand geplant: 13,8 Prozent (2022: 6,7 Prozent)
- Geschäftsaufgabe geplant: 9,8 Prozent (2022: 7,2 Prozent)

Zeitspanne, in der die Arbeit noch erbracht werden kann

13,2 Prozent der Befragten befürchten, ihre üblichen Leistungen und Angebote höchstens noch sechs Monate erbringen zu können. Über sechs bis zwölf Monate geben 30,2 Prozent an, über ein Jahr bis zwei Jahre 21,6 Prozent, über zwei bis fünf Jahre 22,4 Prozent und über fünf Jahre 12,6 Prozent.

Zeitaufwand für bürokratische Tätigkeiten

8,2 Prozent der Befragten verwenden bis zu zwei Stunden in der Woche für bürokratische Tätigkeiten, die nicht zu den Kernaspekten ihrer freiberuflichen Tätigkeit (Dokumentationspflichten etc.) gehören.



Bei 18,9 Prozent fallen über zwei bis fünf Stunden an. 30,6 Prozent beziffern diesen Aufwand auf über fünf bis zehn Stunden. Bei 30,5 Prozent schlagen über zehn bis 20 Stunden zu Buche und bei 11,8 Prozent über 20 Stunden. Im Schnitt wenden die Befragten 27 Prozent ihrer Wochenarbeitszeit dafür auf.

Geforderte Maßnahmen

- ← Ressourcenverbrauch (z. B. Zeit) durch Bürokratie verringern: 64,8 Prozent
- Schulische Berufsorientierung stärken: 55,2 Prozent
- Bessere schulische Qualifikation fördern: 52,9 Prozent
- Flexible Arbeitszeitmodelle: 42,6 Prozent
- Arbeit über die Altersgrenze hinaus attraktiver gestalten: 40,9 Prozent
- Qualifizierte Migration fördern: 40,7 Prozent
- Förderung von Weiterbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: 34,9 Prozent
- Mobilitätsunterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: 30,9 Prozent
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit: 21,4 Prozent
- Stärkerer Einsatz digitaler Tools: 20,3 Prozent

Wirksamkeit eigener Maßnahmen

- Teilzeioptionen für Eltern ausbauen: 4,18
- Mehr Digitalisierung: 4,14
- Annahme von weniger Aufträgen: 4,05
- Einsatz Künstlicher Intelligenz: 4,02
- Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezielt fördern: 3,9
- Fort- und Weiterbildung stärken: 3,88
- Jugendliche ohne Berufsausbildung qualifizieren: 3,81
- Anpassung der Aufgaben bestehender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ausgleich unbesetzter Stellen: 3,75
- Zeitarbeit: 2,75

(Mittelwerte: 5 = sehr wirksam, 4 = eher wirksam, 3 = weder wirksam noch unwirksam, 2 = weniger wirksam, 1 = gar nicht wirksam)



FAZIT

Der Fachkräftemangel ist bis tief in die Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken vorgedrungen. Die Mangelercheinungen gewinnen mehr und mehr an Wucht. Im Großen, da die Freien Berufe ihre Potenziale für die Zukunftsaufgabe und mithin auch für das Wirtschaftswachstum nicht entfalten können. Aber auch im persönlichen Vertrauensraum mit Patientin, Mandant, Klientin und Kunde. Auch wenn sich die Freiberuflerinnen und Freiberufler gemeinsam mit ihren Teams – oft auch weit über Anschlag – und bei steigender Arbeitsbelastung gegen den Trend stemmen, mussten gut zwei Drittel der Befragten Aufträge, Behandlungen, Mandate etc. bereits ablehnen. Rund 43 Prozent der Befragten erwarten, das vertraute Spektrum höchstens noch ein Jahr erbringen zu können.

Die Zahl der Freiberuflerinnen und Freiberufler, die vorzeitig in den Ruhestand gehen wollen, hat sich binnen eines Jahres mehr als verdoppelt. Zuvor sahen 6,7 Prozent keine andere Möglichkeit mehr, jetzt sind es schon 13,8 Prozent.

Und auch die Zahl der Freiberuflerinnen und Freiberufler, die aufgeben wollen, ist nochmals um 2,6 Prozentpunkte gestiegen – auf 9,8 Prozent. Das ist jede zehnte Freiberuflerin, das ist jeder zehnte Freiberufler.

Aus Sicht der Befragten muss politisch insbesondere gegengesteuert werden, indem in den freiberuflichen Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken

gerade die Ressource Zeit geschont wird, um davon eben mehr für Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden zu haben. Mehrheitlich sprechen sie sich zudem dafür aus, die schulische Berufsorientierung zu stärken und eine bessere schulische Qualifikation zu fördern, um junge Menschen gemäß ihren Talenten auf ihrem Weg in die Berufs- und Arbeitswelt zu begleiten.





**Bundesverband
der
Freien Berufe e.V.**

Herausgeber: Bundesverband der Freien Berufe e.V.

Reinhardtstraße 34, 10117 Berlin

Avenue de Cortenbergh 116, B-1000 Bruxelles

+49 30 2844440

info@freie-berufe.de

www.freie-berufe.de

Bildnachweis:

stock.adobe.com – [tadamichi](#) (Cover), [artinspiring](#), [inspiring.team](#), [Konstantin](#), [An-Maler](#), [naum](#), [Imillian](#)